

Aus Bund und Ländern

Gentechnik-Gesetz in Vorbereitung

BONN. Noch in diesem Monat will die Bundesregierung den Entwurf des Gentechnik-Gesetzes beschließen. Der Referentenentwurf hält sich an die vom Kabinett am 30. November 1988 über gesetzliche Regelungen zur Gentechnik beschlossenen Eckwerte.

Der Entwurf unterscheidet zwischen gentechnischen Arbeiten in geschlossenen Systemen und der bewußten Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen in die Umwelt, die der Genehmigung des Bundesgesundheitsamtes bedürfen; im Falle des „Inverkehrbringens“ solcher Organismen entscheidet das Bundesgesundheitsamt im Einvernehmen mit der Biologischen Bundesanstalt, dem Umweltbundesamt sowie gegebenenfalls mit der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere.

Auf der Basis zu erwartender Risiken prüft und bewertet die „Zentrale Kommission für die Biologische Sicherheit“ (ZKBS) beim Bundesgesundheitsamt sicherheitstechnische Fragen und ordnet laut Gesetzentwurf gentechnische Arbeiten in vier Sicherheitsstufen ein:

Die Erlaubnis der zuständigen Landesbehörde ist nach dieser Klassifizierung einzuholen bei gentechnischen Arbeiten der Sicherheitsstufe 1 mit apathogenen Organismen sowie mit anerkannten Sicherheitsstämmen. Arbeiten, die den Sicherheitsstufen 2 bis 4 unterliegen, erfordern die Genehmigung des Bundesgesundheitsamtes. Sie sind unterschieden nach pathogenen bis hochpathogenen gentechnisch veränderten Organismen mit einem geringen bis hohen Risiko für die Beschäftigten einerseits und zum anderen für die Bevölkerung und die Umwelt.

Vor Genehmigung solcher Arbeiten ist auch die Öffentlichkeit dann anzuhören,

wenn es sich um Arbeiten der Sicherheitsstufen 3 und 4 handelt, die nicht Forschungszwecken dienen, sowie vor der Freisetzung solcher Organismen mit Eigenschaften, die zu einer unkontrollierten Ausbreitung in der Umwelt führen können.

Dieses Gesetz gilt nicht für die Anwendung gentechnischer Methoden am Menschen. UF

Eltern-Telefon für Erziehungsprobleme

BONN. Die Deutsche Behindertenhilfe Aktion Sorgenkind e. V. hat seit dem 14. Juni 1989 ein Elterntelefon für Fragen über die seelische Gesundheit von Kindern eingerichtet. Unter der Telefonnummer (0 69) 55 06 93 werden jeden Mittwoch von 16 bis 19 Uhr Kinderärzte und Psychologen alle Fragen, die mit der seelischen Gesundheit von Kindern zu tun haben können wie Schlafschwierigkeiten, Aggressionen oder Schulstreß, individuell und vertraulich beantwortet. sk

Psychiatrie-Reform: Wenig Bewegung

BONN. Moderat geht die Fachabteilung „Gesundheit“ des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Weiterentwicklung der Psychiatrie-Reform an. Nachdem im November 1988 der 712 Seiten starke Schlußbericht mit den Empfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Experten-Kommission (Vorsitzender: Professor Dr. med. Caspar Kulenkampff, Köln) vorgelegt wurde, hat das zuständige Fachreferat des Bundesministeriums „Gesundheitshilfe im psychiatrischen und neurologischen Bereich; Reform der Versorgung psychisch Kranker“ (Leiterin: Regierungsdirektorin Dr. med. Christiane Redel) die Bundesländer und die beteiligten Spitzenverbände um eine Stellungnahme zum Expertenbericht aufgefordert. Die Bundesregierung bereitet dazu ebenfalls eine Stellungnahme vor. Darüber hinaus hat die Arbeitsgemeinschaft der Leitenden Mi-

nisterialbeamten der Gesundheitsressorts (AGLMG) der Länder den Auftrag, die politischen Konsequenzen aus dem Expertenbericht in einer „strafferen und umsetzbaren“ Form zu verdichten. Allerdings haben hier erst die Vorarbeiten begonnen, und die Verbände werden sich befeißigen müssen, ihre Pflicht-Stellungnahmen zum Expertenbericht bis Jahresmitte in Bonn rechtzeitig abzuliefern. HC

1400 Stellen für Ärzte im Praktikum werden benötigt

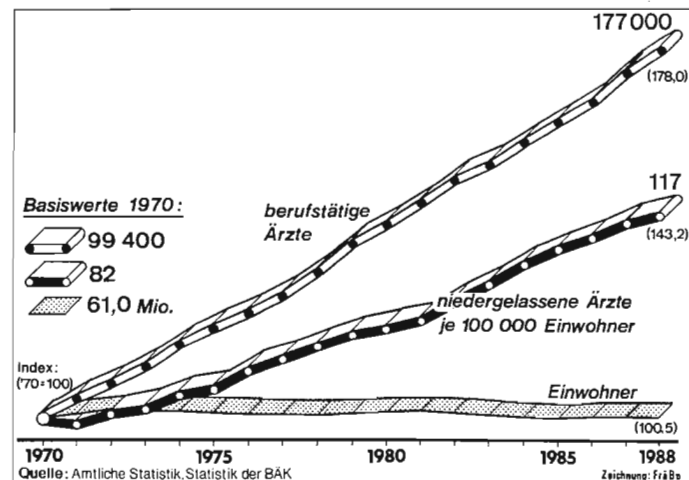
DÜSSELDORF. In Nordrhein-Westfalen werden zum 1. Juli 1989 rund 1400 Stellen für Ärztinnen/Ärzte im Praktikum (AiP) benötigt. Gesundheitsminister Hermann Heinemann hat an Krankenhaussträger und niedergelassene Ärzte appelliert, mehr Praktikumsstellen für junge Ärzte einzurichten.

Der Minister wies darauf hin, daß sich für die jungen Ärztinnen und Ärzte, die nicht fristgerecht eine Praktikumsstelle erhalten können, eine beachtliche Verzögerung im Berufsstart ergibt. Nach seiner Meinung müsse es möglich sein, in den 2600 Krankenhausabteilungen und bei 18 000 niedergelassenen Ärzten in Nordrhein-Westfalen diese Stellen zu schaffen. Insbesondere die Errichtung weiterer Stellen in Praxen bezeichnete Heinemann als „Prüfstein für die Solidarität mit Berufsanfängern und künftigen Kollegen“. WZ

FDP-Abgeordneter: Drogen per Rezept

MÜNCHEN. Der Staat sollte nach Ansicht des FDP-Abgeordneten Ulrich Irmer harte Drogen wie Heroin und Kokain auf Rezept an Drogensüchtige abgeben. In einem Illustrierten-Interview erklärte der Parlamentarier, Polizei und Justiz könnten

Berufstätige Ärzte und „Arztdichte“ in der Bundesrepublik Deutschland



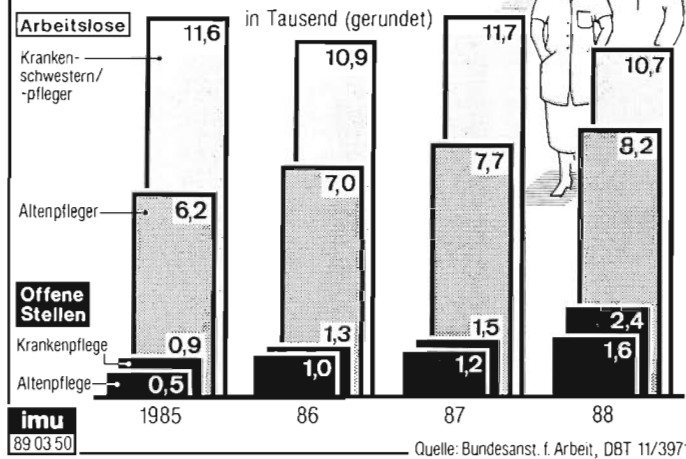
Die Zahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte hat sich in den letzten achtzehn Jahren ständig erhöht; sie lag 1988 mit 177 000 Ärztinnen und Ärzten 78 Prozent über der Zahl von 1970. Deutlich geringer verbesserte sich die Versorgung durch niedergelassene Ärzte. Die Verhältniszahl „niedergelassene Ärzte je 100 000 Einwohner“ wird durch die stagnierende Wohnbevölkerung kaum beeinflusst

das Drogenproblem nicht mehr lösen. „Wir müssen ernsthaft prüfen, ob nicht der Staat selbst harte Drogen wie Heroin und Kokain rezeptpflichtig an Süchtige abgeben soll.“

Irmer zufolge sollten staatliche Agenturen – zum Beispiel die Gesundheitsämter – die Drogen in den Herkunftsländern ganz legal einkaufen. „Werden Drogen produziert wie Tabak, fallen die Preise in den Keller.“ Sei mit harten Drogen kein Geld mehr zu verdienen, so der Rechtsexperte der FDP-Bundestagsfraktion, gehe der Drogenmarkt kaputt. „Drogenabhängige sollten Rezepte erhalten, um beispielsweise in Apotheken Heroin und Kokain zu bekommen.“ Die Drogen müßten an Ort und Stelle genommen werden – unter Aufsicht von Ärzten. In den Abgabestellen müßten entsprechende Ruheräume eingerichtet werden. Nach seiner Ansicht würde niemand mehr das Risiko auf sich nehmen, kriminell mit Drogen zu dealen, wenn jeder Süchtige auf Krankenschein oder zum Selbstkostenpreis Kokain und Heroin in der Apotheke bekommen könnte. Irmer betonte, dies müsse europaweit geregelt werden. Sei der Schwarzmarkt für harte Drogen ausgetrocknet, könne man auch weiche Drogen wie Haschisch und Marihuana in kleinen Mengen auf eine Art Genußmittelschein ausgeben.

Der Vorschlag Irmers bedeutet nach Ansicht der CSU nichts anderes als den Versuch, „den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen“. Die Abgabe harter Drogen auf Rezept durch den Staat wäre eine Kapitulation vor dem gewaltigen und schlimmen Problem der Drogensucht und -kriminalität, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Rudolf Kraus. Er plädierte statt dessen für mehr Aufklärung, Beratung und rückhaltlose Bekämpfung der internationalen Drogenmafia mit allen legalen Mitteln. afp

Der Arbeitsmarkt für Pflegepersonal: Ungleichgewicht



Mit dem Schlagwort „Pflegenotstand“ wird immer wieder auf den zusätzlichen Bedarf an Pflegepersonal in Krankenhäusern und Altenheimen hingewiesen. Daß dieser Notstand nicht allein durch einen Mangel an geeigneten Fachkräften begründet werden kann, zeigt das Schaubild: In den letzten vier Jahren waren jedes Jahr mehr als 10 000 Krankenschwestern und Pfleger ohne Beschäftigung, die Zahl der arbeitslosen Altenpfleger(innen) stieg auf über 8000 an. Bei den Arbeitslosen der Pflegeberufe handelt es sich überwiegend um Frauen (rund 85 Prozent). Die Zahl der offenen Stellen in der Kranken- und Altenpflege ist seit 1985 zwar ständig gestiegen, steht aber immer noch im Mißverhältnis zur Anzahl der Arbeitslosen.

Sachverständigenrat: Geriatrische Versorgung im Blickpunkt

BERLIN. Als einen Bearbeitungsschwerpunkt für das nächste Jahresgutachten des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (vorzulegen im Februar 1990) hat der Vorsitzende des Rates, Prof. Dr. med. Michael Arnold, Ordinarius für Anatomie an der Universität Tübingen, die medizinische und pflegerische Versorgung im geriatrischen Bereich angekündigt. Bei der 75. Hauptversammlung des Marburger Bundes in Berlin erklärte Arnold, in der Bundesrepublik Deutschland gebe es auf diesem Sektor auch im Hinblick auf die Vergleichsdaten aus dem europäischen Ausland große Versorgungsdefizite. Die Bundesrepublik nehme mit einer Bettendichte von 127 Betten je 10 000 Einwohner einen der vorderen Plätze im internationalen Vergleich ein, sie stehe aber bei den

Akutbetten mit 76 Betten je 10 000 Einwohner weit an der ersten Stelle. Dagegen mangle es an Pflegeeinrichtungen und krankenhausesentlastenden sowie -ergänzenden Einrichtungen. Hier lägen jene Länder, die das Versorgungs- und Finanzierungsproblem bereits gelöst hätten (etwa: Dänemark, Niederlande und Schweden), auch bei den Bettenkapazitäten im Pflegebereich an der Spitze. Arnold sprach sich in Berlin für eine „finanzierungsverbindende“ gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung (GKPV) aus.

Alternative Versorgungs-, Vergütungs- und Finanzierungssysteme sollten im Wettbewerb erprobt werden, ehe sie bundesgesetzlich eingeführt werden. Der Sachverständigenrat werde sich in seinem vierten Jahresgutachten auch mit konkreten Vorschlägen zu dem bereits im Februar 1989 empfohlenen „System differenzierter Pauschalen“ (SDP) im ambulanten Sektor und einem leistungsorientierten Entgeltsystem im Krankenhausbereich befassen. EB

Ärztinnenbund tagt in Seoul

KÖLN. Die Medical Women's International Association (MWIA) veranstaltet ihren XXI. Kongreß von 3. bis 8. September 1989 in Seoul, Korea. Hauptthema: „Vorkommen von Krebs bei Frauen in verschiedenen Ländern“. Einzelne Aspekte wie prädisponierende Faktoren und Epidemiologie, Früherkennung, Diagnose, Behandlung und Rehabilitation werden von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten vorgetragen und in Workshops behandelt. Der Kongreß wird vom Ärztinnenbund Südkorea organisiert. Im Rahmen des Kongresses findet die Generalversammlung der MWIA statt. Der Deutsche Ärztinnenbund, Mitglied der MWIA, organisiert eine Gruppenreise. Die MWIA ist die älteste internationale ärztliche Organisation der Welt. Sie wurde 1919 gegründet. EB

Personalschlüssel wird geändert

DÜSSELDORF. Der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann, hat anlässlich eines Fachsymposiums über „Das Krankenhaus der Zukunft“ in Dortmund-Hohensyburg angekündigt, die Empfehlungen für die Anrechnung von Krankenpflegeschülerinnen/schülern in den Krankenhäusern des Landes zu ändern; statt bisher vier sollen künftig sechs Schüler(innen) auf eine Vollzeitplanstelle angerechnet werden. Darüber hinaus will sich das Land für Qualifizierungsmaßnahmen für Schwestern und Pfleger einsetzen, die nach Zeiten der Kindererziehung zurück in den Beruf wollen. Minister Heinemann habe den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, gebeten, hierzu Angebote auszuarbeiten. HC